

TOP 3.6.7 EU-Parlamentariergespräche zu Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit in Europa und Finanzierungsmöglichkeiten im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

Abteilungen: EU und Internationales (Frank EY), Arbeitsmarkt und Integration (Silvia Hofbauer)

Gesprächstermine mit folgenden EU ParlamentarierInnen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit und Finanzierungsmöglichkeiten im mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014-2020:

Ivailo Kalfin (Berichterstatter zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen)

Jutta Haug (Vorsitzende des Sonderausschusses zum mehrjährigen EU-Finanzrahmen)

Jürgen Klute (Mitglied im Haushaltsausschuss)

Evelyn Regner (stv. Mitglied im Beschäftigungsausschuss)

Veranstaltungsort/-zeit: Brüssel, 11. Juli 2012

1. Inhalt

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit erfordert auch auf europäischer Ebene ein abgestimmtes Vorgehen. Dazu gehören sowohl inhaltliche Ziele, wie eine europäische Jugendgarantie als auch budgetäre Vorkehrungen.

Das Ziel der Gespräche war, in Hinblick auf den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020, maßgebliche AkteurInnen des Parlaments zu überzeugen, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nur durch ausreichende finanzielle Mittel erfolgreich sein kann. Dies heißt konkret:

deutliche Aufstockung des ESF

verpflichtender Schwerpunkt in den Strukturfonds

wenn dies nicht gelingt (ist derzeit zu befürchten)

Jugendarbeitslosigkeit als zusätzlicher Schwerpunkt im europäischen Globalisierungsfonds (EGF) anstelle der geplanten Öffnung des Fonds für Landwirte

Sollte der EGF nicht gehalten werden können, Verwendung dieser Mittel für einen eigenen Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

2. Ergebnisse:

Die ParlamentarierInnen werden unsere Bemühungen, zusätzliche finanzielle Mittel zu erschließen, vorzugsweise über den ESF unterstützen.

Der EGF soll als Fonds für Wiedereingliederung gekündigter ArbeitnehmerInnen erhalten bleiben. Die Abgeordneten sind fest davon überzeugt, den EGF ohne Landwirtschaftsschwerpunkt erhalten zu können.

Die Option eines eigenen Jugendbeschäftigungsfonds konnte verankert werden.

Das österreichische System der Jugendgarantie konnte als good practice Beispiel für hohe Bedeutung der Jugendbeschäftigung in der Arbeitsmarktpolitik verbreitet werden.

Die EU-Abgeordneten schilderten aber auch, dass der Rat beim mehrjährigen EU-Finanzrahmen auf der Bremse stehe und das Budgetvolumen deutlich kürzen will. Die MandatarInnen machten jedoch klar, dass das Europäische Parlament dies nicht hinnehmen werde.